Leserbriefe

Solarstrom erzeugt mehr CO_2 als Atomstrom

Zum Atomausstieg

Stadtökologe Urs Capaul irrt sich: Kernenergie ist Teil der Lösung, nicht Teil des Problems. Würden wir Kernstrom durch Solarstrom ersetzen, so würde sich der CO_2-Ausstoss verfünfzehnfachen. Kernstrom produziert 5 g CO_2/KWh, Solarstrom 78 (Quelle: PSI). Dies kommt daher, dass sich das emittierte CO_2 für die Herstellung der Solarpaneels durch eine verschwindend kleine Stromausbeute dividiert. Beim Kernstrom ist es umgekehrt: Das CO_2 für Uranabbau und Bau und Betrieb der KKW dividiert sich durch eine enorm hohe Stromausbeute und ist daher im Bereich, wo auch die Wasserkraft liegt. Ersatz von Kern- durch Solarstrom ist deshalb vor allem schädlich für das Klima, nicht nur für die Volkswirtschaft. Noch schädlicher ist die sogenannte Energiestrategie 2050 des Bundes: Sie ersetzt den Kern- durch Gas- und importierten Kohlestrom.

Christian von Burg
Lohn

Auch Toniolo profitiert: Vom Kulturfilz

Zu «Die Filz-Amigo-Titanic ist unterwegs», SN vom 18. 1.

Beat Toniolo greift den Filz rund um Rheinfall und Tourismusförderung an. Zu Recht? Wahrscheinlich ja, denn wie Kurt Gallmann und Thomas Ferber in ihren Leserbriefen auch bemerkt haben, fliesst Geld, Steuergeld, unkontrolliert irgendwohin. Ist aber Beat Toniolo der richtige Ankläger? Nein, denn auch er profitiert massiv vom Kulturfilz, wo genauso viel Geld ausserhalb wirklicher politischer Kontrolle in die Kultur fliesst. Nicht umsonst nannte ihn Marcel Wenger in einer seiner Kolumnen einen «Kulturschmarotzer». Wo sind die politischen Kontrollen, wo die im Moment überall präsenten Grünschnäbel der FDP, deren Initiative zur Steuersenkung ganz und gar unnötig wäre, weil viel mehr Geld da wäre, wenn politische Kontrollen funktionieren würden. So soll ein Stadion auf der grünen Wiese gebaut werden, das keine Mantelnutzung findet, während andererseits auf einer anderen grünen Wiese ein neues Gefängnis gebaut werden soll. Ein Srassenverkehrsamt, das längst ausserhalb an einem Ort zusammengelegt sein sollte, um Liegenschaften im Zentrum freizulegen, hätte in so einem Stadion gut Platz. Abstrakt? Vielleicht. Wir haben wohl noch zu viel Geld, dass wir uns den Filz und unkreative Politiker leisten können. Wir müssen vielleicht nach einer Annahme der Initiative sparen, aber sicher nicht an der politischen Kontrolle.

Rainer Hartmann
Schaffhausen

Ein unehrliches Spiel der SP in der Armeepolitik

Zu «Wehrpflicht abschaffen, Wahlrecht behalten», SN vom 8. 12.

Die Initiative der Linken bezüglich Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht ist vom Parlament in der letzten Session zu Recht hoch verworfen worden. Nationalrat Fehr SP (Mitglied der Aussenpolitischen Kommission!) spricht in den SN von einem «alten Zopf», der abgeschnitten gehöre, gleichzeitig redet er von einem «stabilen Frieden» in Europa und von veralteter Verteidigungsdoktrin. Die vielen Demonstrationen, oft mit Gewalttätigkeiten, Unruhen und Streiks, in europäischen Ländern gehören offenbar für ihn zum stabilen Frieden! Jedem ordentlichen Sekundarschüler ist klar, dass die Bedrohung heute eine globale ist. Gleich vor der Türe Europas herrschen Unruhe und Gewalt bis hin zum Bürgerkrieg.

Es geht der Linken ja nicht um das Thema Wehrpflicht; ihr Ziel ist bekanntlich die Abschaffung unserer Armee. Die genannte Initiative ist nur ein Schritt in diese Richtung. Die einzelnen Phasen auf ihrer Argumentationsschiene sind längstens klar. Begonnen hat es mit dem Lächerlichmachen der Armee. Das laufende Verweigern der finanziellen Mittel ist ein Dauerthema. Neuerdings ist die Rede von einer Freiwilligenarmee; da sei die Frage erlaubt, welcher tüchtige junge Mann geht als Freiwilliger in die Armee. Dies hätte mit Sicherheit eine qualitative Verschlechterung zur Folge. Eine Armee soll es sein, die nicht mehr in der Lage ist, ihren Auftrag gemäss Verfassung zu erfüllen – personell und materiell. In diesem Stadium hoffen die linken Politiker, Mehrheiten zu finden, um die Armee aus der Verfassung zu kippen. Man haut auf den Sack und meint den Esel. Für viele Bürger eine unehrliche Politik – um nicht zu sagen Verlogenheit.

Bruno Rüegsegger
Schaffhausen

Wenn ein Traumberuf zum Albtraum wird

Zum Zugunglück in Neuhausen

Anhand des Zugunglücks in Neuhausen erfahren wir, dass bei den SBB im Schnitt jeden Tag ein Haltesignal überfahren wird. Wie konnte es zu dieser desaströsen Situation kommen?

Der Lokführer ist heute ungeheuren Belastungen ausgesetzt, ohne Rücksicht auf die Verantwortung, die er trägt: die Geschwindigkeiten steigen, die Fahrpläne werden immer dichter, die Zugtechnik wird immer komplexer, die Funkstrahlung immer höher. Und diese Strahlung schwächt die Konzentration, weil sie Nerven- und Hirnströme beeinträchtigt. Wird der einstige Traumberuf des Lokführers zum Albtraum?

Silvia van der Waerden
Schaffhausen

Unter der Rubrik «Leserbriefe» veröffentlicht die Redaktion Zuschriften aus dem Leserkreis, um deren Publikation sie ausdrücklich ersucht wurde. Die Verantwortung für den Inhalt der Einsendungen tragen die Verfasser. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen oder Texte ehrverletzenden Inhalts zurückzuweisen. Anonyme Zuschriften wandern in den Papierkorb. In der Regel werden nur mit vollem Namen gezeichnete Leserbriefe veröffentlicht.

Korrigenda

RECHT IM ALLTAG, «GEBÄUDEPROGRAMM»
SN vom 22. 1. 2013
Gemäss der kantonalen Energiefachstelle sind die im Artikel erwähnten Förderungen von Wärmepumpen sowie Thermischen Sonnenkollektoren bis auf Weiteres wegen begrenzter Fördermittel eingestellt worden.

Die riesigen Auswahlmöglichkeiten, die wir haben, können auch zur Belastung werden. Bild Key

Sind Sie zufrieden, oder haben Sie zu viel?

Die Schweiz kann man definitiv als eines der bestentwickelten Länder der Welt bezeichnen. Das zeigt sich nicht nur an den durchschnittlichen Einkommen, welche zu den höchsten der Welt gehören, sondern auch an unserer sorgenfreien Lebensweise oder unserer perfektionierten Infrastruktur. Dazu hat praktisch jeder Erwachsene ein Auto, verfügt über ein Smartphone neuster Generation und fliegt pro Jahr mindestens einmal in die Ferien. Wir haben eigentlich alles, was wir brauchen, oder können es uns zumindest leisten. Doch damit nicht genug: «Mehr Luxus!» ist die Devise. Schaut man sich im täglichen Leben nun aber um, so macht es den Eindruck, dass viele Schweizer und Schweizerinnen trotz den vermeintlich paradiesischen Zuständen gar nicht so zufrieden sind. Luxus scheint also nicht per se glücklich zu machen.

Ein Grund für die Unzufriedenheit ist überraschend: Luxus bietet uns zu viele Möglichkeiten. Der liberale Gedanke, wonach der Wohlstand durch mehr Freiheit zunimmt, ist nicht allgemeingültig. Haben wir einen gewissen Grad an Freiheit und demnach an Auswahl überschritten, überfordern uns die unausweichlichen Entscheidungen. Diese Überforderung betrifft bei Weitem nicht nur materielle Dinge wie die Auswahl von Essen, Kleidung oder elektronischen Geräten, sondern auch unsere Freizeit, wo jedes Wochenende an zig Orten eine unüberblickbare Auswahl an Aktivitäten besteht. Des Weiteren öffnet sich mit der permanenten Erreichbarkeit auch ein Entscheidungsbedarf bezüglich der Arbeit. Wann sollen wir arbeiten? Wann geschäftliche Telefone abnehmen? Sollen wir am Abend, in den Ferien oder am Wochenende noch kurz einige Mails beantworten? Entscheidungen, unablässig.

> Unser Wohlstand eröffnet uns sehr viele Möglichkeiten. Doch mit der grösseren Auswahl steigt nicht die Zufriedenheit, sondern die Unzufriedenheit. Denn die grössere Auswahl führt zu einer grösseren Erwartungshaltung und zu mehr Fehlentscheiden.
>
> VON FLORIAN KNAUS

Die Anzahl Möglichkeiten, und damit die Notwendigkeit zu entscheiden, hat in den letzten Jahren drastisch zugenommen. Barry Schwartz, ein bekannter Wirtschaftspsychologe aus den USA, stellte unlängst die These auf, dass heute eine grössere Auswahl nicht mehr zu steigendem Wohlstand und Zufriedenheit führt, sondern im Gegenteil Grund für die zunehmende Unzufriedenheit in hochentwickelten Staaten ist. Dies darum, weil eine grössere Auswahl unter anderem zu einer höheren Erwartungshaltung und zu mehr Fehlentscheidungen führt. Mehr Wohlstand ist also nicht gleichbedeutend mit mehr Zufriedenheit.

Vor diesem Hintergrund sollte sich die Politik nicht mehr einzig am Wohlstand, sondern besser an der Zufriedenheit der Bevölkerung orientieren. Das bedeutet, dass die Entwicklungsstrategie des Kantons Schaffhausen, in der es primär um Wohlstandswachstum geht, revidiert werden muss. Die Anpassungen sollten in die Richtung gehen, dass negativen Phänomenen der aktuellen Wachstumspolitik wie zum Beispiel Verlust sozialer Interaktionen und kultureller Werte, Abnahme des gesellschaftlichen Zusammenhaltes, Verkehrszunahmen oder Zersiedelung aktiv entgegengewirkt wird. Eine verstärkte Ausrichtung der Politik auf diese vordergründig ökonomisch wenig ergiebigen Felder könnte sich langfristig durchaus auch volkswirtschaftlich auszahlen: Mit der gewonnenen Zufriedenheit der Bevölkerung können Depressionen bekämpft werden, welche in der Schweiz gemäss Selo-Stiftung jährliche volkswirtschaftliche Kosten von acht Milliarden Franken erzeugen!

Florian Knaus ist Dozent an der ETH Zürich.

Presseschau Israelischer Luftschlag gegen Ziele in Syrien

Es liegt ganz wesentlich im Interesse Israels, dass syrische Chemiewaffen (…) nicht in die Hände der Hisbollah geraten. Zudem will Jerusalem die

THE JERUSALEM POST
ISRAEL'S BEST-SELLING ENGLISH DAILY AND MOST-READ ENGLISH WEBSITE

Lufthoheit über den Süden Libanons behalten. Dort verfügt die Hisbollah vermutlich über bis zu 50 000 Raketen, die tief in israelisches Territorium fliegen können. Und genauso wie erwartet, haben der Iran sowie die Hisbollah bereits mit dem Säbelrasseln begonnen und vor ‹ernsthaften Konsequenzen› gewarnt.

Die eigentliche Bedeutung der Attacke liegt darin, dass Israel ein klares Zeichen gesetzt hat. Das erste Mal seit dem Jahr 2007 führte das Militär eine

The Washington Post

Operation innerhalb der syrischen Staatsgrenzen durch. Damals ging es um einen Präventivschlag gegen eine mutmassliche Nuklearanlage, auch wenn Jerusalem das bis heute nie offiziell bestätigen wollte. Diesmal wollte Israel demonstrieren, dass es für Bedrohungen von aussen gewappnet ist (…). Und auch diesmal schweigt das israelische Militär. Es lässt stattdessen seine Waffen sprechen.

Den Menschen in Syrien geht es allein um ihren Aufstand gegen das Assad-Regime. Keinesfalls wollen sie, dass Israel in dem Konflikt mitmischt. (…)

THE DAILY STAR
LEBANON

Weitere Verlierer könnten Israels Nachbarstaaten wie der Libanon sein, sollte die Welle der Gewalt zu ihnen hinüberschwappen – etwa wegen der zwar möglichen, jedoch bisher keineswegs bewiesenen Verstrickung der Hisbollah in die Angelegenheit. Alle Beteiligten sollten die Welt schnellstens informieren, was genau eigentlich vorgefallen ist.